



Bundesweite Arbeitsgemeinschaft
der psychosozialen Zentren
für Flüchtlinge und Folteropfer

Tätigkeitsbericht für das Jahr 2018

Stand Februar 2019

Inhalt

| | |
|---|-----------|
| 1. Das Jahr 2018 | 4 |
| Isolation und Ausgrenzung – das Konzept der Ankerzentren | 4 |
| Diskussion um sogenannte „Scheinatteste“ | 5 |
| Berliner Erklärung zum Flüchtlingsschutz | 6 |
| Rechte Proteste und Stimmungsmache gegen Geflüchtete | 6 |
| #Unteilbar: Solidarität statt Ausgrenzung – für eine offene und freie Gesellschaft | 7 |
| 2. Versorgungssituation und fachliche Vernetzung | 8 |
| Wachstum der Psychosozialen Zentren | 8 |
| Psychosoziale Versorgung von Geflüchteten und Folteropfern im Jahr 2018 | 8 |
| (Neue) Unterstützungskonzepte in der psychosozialen Arbeit mit Geflüchteten | 9 |
| Studie des Wissenschaftlichen Dienstes der AOK zu Gesundheit von Geflüchteten in Deutschland | 10 |
| 3. Gesundheits- und sozialpolitische Lobbyarbeit | 11 |
| Stellungnahmen im Asylverfahren | 11 |
| Weiterhin eine Baustelle: Die Ermächtigungsregelung für Psychotherapeut*innen | 11 |
| Ankerzentren | 12 |
| Austausch mit dem Bundesgesundheitsministerium | 12 |
| Round-Table zu Versorgungskapazitäten für Geflüchtete – Verortung und Zukunftsausrichtung | 13 |
| Zusammenarbeit mit dem Forum Menschenrechte | 13 |
| Beitrag Konferenz Netzwerk Fluchtforschung, Eichstätt | 14 |
| Internationale Trainingsmaßnahmen zu psychosozialer Unterstützung | 14 |
| 4. Rechtliche Beratung | 15 |
| Datenschutz | 15 |
| Rechtliche Schulungen | 15 |
| 5. Veranstaltungen 2018 | 16 |
| Fachtagung „Von Aleppo nach Eisenhüttenstadt – und dann? Wege in Sicherheit und Versorgung“ in Potsdam | 16 |
| Interne Fachtagung und kollegialer Austausch | 17 |
| Transnationale Tagung gemeinsam mit medico international, HAUKARI, FATRA und der BAfF | 18 |
| Europäische Perspektiven auf die Arbeit mit Geflüchteten und Überlebenden von Gewalt | 19 |
| 6. Projekte der BAfF | 20 |
| Verstehen, Vernetzen, Stabilisieren. Empowerment von Ehrenamtlichen in der psychosozialen Arbeit mit Geflüchteten | 20 |
| Traumaisensibles Lehren – Online-Schulungen in Kooperation mit BumF und Augeo | 20 |
| Traumatisierungsketten durchbrechen – Handlungsunsicherheiten überwinden – Schutzsysteme stärken | 21 |
| Verbesserung der psychosozialen und psychotherapeutischen Versorgung von Geflüchteten – Zugangswege erleichtern, Kapazitäten ausbauen, Netzwerke schaffen | 22 |
| „Erklären, beraten, durchsetzen – Das Recht auf Gesundheit für Flüchtlinge und Folteropfer“ | 22 |

| | |
|---|-----------|
| 7. Publikationen..... | 23 |
| Arbeitshilfe „Abschiebung und (unbegleitete) junge Geflüchtete“ | 23 |
| Versorgungsbericht. Zur psychosozialen Versorgung von Flüchtlingen und Folteropfern in Deutschland | 23 |
| Geflüchtete und Überlebende von Folter in Europa. Warum ein ganzheitlicher Ansatz in der Gesundheitspolitik wichtig ist | 24 |
| Sprachmittlung in Psychotherapie und Beratung mit geflüchteten Menschen | 24 |
| Tagungsdokumentation | 25 |
| 8. Mitgliedszentren der BAFF..... | 26 |
| Baden-Württemberg | 26 |
| Bayern | 27 |
| Berlin | 27 |
| Brandenburg | 27 |
| Bremen | 28 |
| Hamburg | 28 |
| Hessen | 29 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 29 |
| Niedersachsen | 29 |
| Nordrhein-Westfalen | 30 |
| Rheinland-Pfalz..... | 31 |
| Saarland | 32 |
| Sachsen | 32 |
| Sachsen-Anhalt | 33 |
| Schleswig-Holstein | 33 |
| Thüringen..... | 34 |

1. Das Jahr 2018

Isolation und Ausgrenzung – das Konzept der Ankerzentren

„Isolation und Ausgrenzung sind Gift für geflüchtete Menschen“, sagte unser Mitglied Ernst-Ludwig Iskenius Mitte des Jahres, als wir mit ihm über abgelegene Unterkünfte für Geflüchtete und Ankerzentren sprachen. Das erste Mal mussten wir uns bereits früh im Jahr mit diesem Thema beschäftigen – bereits Ende 2017 tauchte das Wort „AnKER-Zentrum“ das erste Mal in den Sondierungsgesprächen von Union und SPD auf und wurde im Februar 2018 im Koalitionsvertrag der Großen Koalition festgeschrieben. Die Abkürzung AnKER soll dabei für Ankunft, Entscheidung, Rückführung stehen. In diesen Zentren soll das komplette Asylverfahren abgewickelt werden. Das Ziel: Schnellere Verfahren und schnellere Abschiebungen bei negativen Entscheidungen. Doch die Ankerzentren haben auch eine andere Funktion: Sie schirmen geflüchtete Menschen von der Außenwelt ab, isolieren sie von gesellschaftlichem Kontakt und auch der Möglichkeit, sich unabhängige Beratung und auch rechtliche oder ärztliche Unterstützung zu suchen.

Exklusion und fehlende Selbstbestimmung sowie der eingeschränkte Zugang zu etwa Arbeit und Bildung können insbesondere bei bereits psychisch belasteten Personen zu einer massiven Verschlechterung des Gesundheitszustandes führen. „Menschen, die schon in ihrer Heimat isoliert wurden, werden an diese häufig traumatisierenden Erlebnisse wieder erinnert, die Isolation wirkt hier als ein verstärkender Trigger“, berichtet auch Ernst-Ludwig Iskenius. Er hat lange Zeit Refugio Villingen-Schwenningen geleitet – ein Psychosoziales Zentrum für Flüchtlinge und Folteropfer in Baden-Württemberg – und demonstriert mit der Initiative Pro Bleiberecht MV gegen die Zustände in der Erstaufnahmestelle Horst (Mecklenburg-Vorpommern). In Horst zeigen sich bereits die Auswirkungen von Isolation und Ausgrenzung auf die dort untergebrachten Menschen, die Horst selbst als „Freiluftgefängnis“ bezeichnen.¹

Ein weiteres Problem mit den Ankerzentren ist, dass die Identifizierung und Versorgung von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten einer vertrauensvollen, geschützten Atmosphäre bedarf. Insbesondere für traumatisierte Geflüchtete braucht es fachkundige Personen, die für die speziellen Bedarfe dieser Gruppe sensibilisiert sind. Es fehlt seit vielen Jahren an Konzepten zur Erkennung und bedarfsgerechten Unterstützung dieser besonders vulnerablen Personengruppe. Für die Ankerzentren bleibt zu erwarten, dass viele Betroffene unerkannt bleiben und nicht den Schutz erhalten, der ihnen zusteht.²

¹ Das vollständige Gespräch findet sich auf der Website der BAFF unter <http://www.baff-zentren.org/news/isolation-und-ausgrenzung-sind-gift-fuer-gefluechtete/>

² Die BAFF hat zu den Auswirkungen der Ankerzentren insbesondere auf traumatisierte Geflüchtete zwei Stellungnahmen verfasst – eine bereits zu Zeiten der Sondierungsgespräche der Großen Koalition („Einigung auf Kosten von Kriegsflüchtlingen und Folteropfern: Was das Ende der Willkommenskultur für traumatisierte Flüchtlinge bedeutet“, <http://www.baff-zentren.org/news/stellungnahme-zu-den-ergebnissen-der-sondierungsgespraechen/> 19.01.2018), die zweite, ausführliche Stellungnahme erfolgte im Sommer („Abschottung um jeden Preis? Wie sich die geplanten

Diskussion um sogenannte „Scheinatteste“

Im März 2018 hat die AfD-Fraktion im baden-württembergischen Landtag mehrere Strafanzeigen gestellt, die die Diskussion um sogenannte Scheinatteste von Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen wieder anstacheln. Die Anzeigen richteten sich gegen den Karlsruher Verein zur Unterstützung traumatisierter Migranten wegen des Verdachts auf Ausstellung unrichtiger Gesundheitszeugnisse sowie gegen Unbekannt im Regierungspräsidium Karlsruhe wegen des Verdachts auf Strafvereitelung im Amt.³ Die Strafanzeigen basieren u.a. auf den Aussagen eines Mediziners, der Kolleginnen und Kollegen vorgeworfen hat, Scheinatteste – teilweise auch Gefälligkeitsgutachten genannt – auszustellen.

Diese Debatte ist nicht neu und bereits ausführlich geführt worden. Bereits 2016 warf der ehemalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière Ärzt*innen vor, zu viele Atteste für geflüchtete Menschen auszustellen, wo es „keine echten gesundheitlichen Abschiebehindernisse“ gäbe.⁴ Gemeinsam mit weiteren Fachverbänden hat die BAfF bereits damals diese haltlosen Anschuldigung scharf kritisiert.⁵ Tatsächlich musste das Bundesinnenministerium kurz danach zugeben, dass es keinerlei Anhaltspunkte, Zahlen oder Beweise für diese Behauptungen gab.

Es ist absurd, dass diese Debatte erneut aufgrund von unbelegten Anschuldigungen eröffnet wird.

Durch das Asylpaket II wurden sehr hohe Anforderungen an die sog. qualifizierten ärztlichen Bescheinigungen aufgestellt. Nur durch eine solche qualifizierte ärztliche Bescheinigung kann die Reisefähigkeit einer Ausländerin oder eines Ausländers widerlegt werden. Wird das Attest verspätet vorgelegt, darf die Behörde das Attest nicht mehr berücksichtigen. Zudem kann die Behörde nach Vorlage des Attests eine amtsärztliche Untersuchung anordnen (gem. § 60 a Abs. 2 c, 2d AufenthG). Damit besteht ein hinreichend enger rechtlicher Rahmen, woran sich Atteste zu messen haben. Die hohen Anforderungen sind kaum zu erfüllen, wenn keine Erkrankung vorliegt, die die Abschiebung beeinträchtigen kann. Die BAfF spricht sich vehement gegen diese pauschalen Unterstellungen, Vorwürfe und Diskreditierungen von Ärzt*innen aus.⁶

Ankerzentren auf Geflüchtete, Traumatisierte und die Gesellschaft auswirken“, http://www.baff-zentren.org/wp-content/uploads/2018/06/Stellungnahme_BAfF_Ankerzentren_2018.06.18.pdf, 18.06.2018)

³ Stuttgarter Nachrichten, Scheinatteste für Flüchtlinge vor Abschiebungen?, 07.03.2018. <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.scheinatteste-vor-abschiebungen-afd-stellt-strafranzeigen-betroffener-verein-schweigt.bcf7a500-127c-42f8-af08-cda8f21f5de6.html>

⁴ Spiegel, De Maizière nennt falsche Atteste-Zahlen, 17.06.2016. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/thomas-de-maiziere-falsche-zahlen-bei-attest-statistik-von-fluechtlingen-a-1098265.html>

⁵ Ärztinnen und Ärzte verurteilen Stimmungsmache gegen Flüchtlinge und ihre Berufsgruppe, <http://www.baff-zentren.org/news/aerztinnen-verurteilen-stimmungsmache-gegen-fluechtlinge/>

⁶ Die vollständige Stellungnahme der BAfF zur Diskussion um „Scheinatteste“ findet sich unter <http://www.baff-zentren.org/news/und-jaehrlich-gruesst-das-scheinattest/>

Berliner Erklärung zum Flüchtlingsschutz

Gemeinsam mit weiteren Organisationen warnte die BAfF im Vorfeld des EU-Gipfels zur gemeinsamen EU-Politik vor einer massiven Einschränkung des Flüchtlingsschutzes in Europa. Die 17 Unterzeichnerorganisationen der „Berliner Erklärung zum Flüchtlingsschutz“, darunter PRO ASYL, Der Paritätische Gesamtverband, amnesty international und die Seenotrettungsorganisationen SOS Mediterranée und Sea-Watch, appellierten an die deutsche Bundesregierung, Verantwortung für den Flüchtlingsschutz in Deutschland und Europa zu übernehmen und fordern eine asylpolitische Kurskorrektur.

Unter der Überschrift „Verfolgte Menschen brauchen Schutz – auch in Europa“ sprechen sich die Organisationen in der aktuellen Debatte konsequent gegen die Zurückweisung von schutzsuchenden Menschen an nationalen oder europäischen Grenzen aus. Der Zugang zu einem fairen und rechtsstaatlichen Verfahren müsse gewährleistet sein. Vorschläge, Schutzsuchende in nordafrikanische Staaten und damit vor Europas Grenzen „aus- bzw. zwischenzulagern“ und nur gezielt einige Menschen im Rahmen besonderer Programme aufzunehmen, seien keine akzeptable Lösung. „Das individuelle Recht auf Asyl kann nicht durch die Aufnahme einiger weniger Ausgewählter ersetzt werden“, heißt es in der Erklärung.⁷

Rechte Proteste und Stimmungsmache gegen Geflüchtete

Im Spätsommer mussten wir uns leider mit schwierigen politischen Diskussionen beschäftigen, die u.a. von einem Todesfall ausgelöst worden sind. Ein Mann wurde in Chemnitz getötet, tatverdächtig sind drei Asylsuchende aus Irak und Syrien. Bereits am Abend der Tat zog ein Aufmarsch durch die Stadt, organisiert von einer vom Verfassungsschutz beobachteten Hooligan-Gruppierung. Die Demonstration war geprägt von Neonazi-Parolen, Hitlergrüßen und fremdenfeindlichen Ausrufen. Rechtsextreme nutzen den Todesfall, um Stimmung gegen Geflüchtete zu machen und in Chemnitz zu mobilisieren. Doch damit endete der Abend nicht – etliche Menschen aus dem Aufmarsch machen Jagd auf „migrantisch aussehende Menschen“, die Stimmung ist gewaltvoll aufgeladen. Auch am Tag danach haben viele rechte Gruppen zum Aufmarsch aufgerufen, die Gegendemonstration hat sich auf 1.500 Demonstrant*innen belaufen. Ein Konzert gegen Rechts unter dem Motto „Wir sind mehr“, bei dem u.a. Bands wie Kraftklub oder die Toten Hosen auftreten, bringt über 65.000 auf die Straßen von Chemnitz.

Doch die Diskussionen in Presse, Politik und vor allem den sozialen Medien richten sich oftmals nicht mehr auf die tatsächlichen Ereignisse oder die folgenden Tage, sondern thematisieren häufig eine wahrgenommene zunehmende Gewalt, die von geflüchteten Menschen ausgeübt werde. Es beschäftigte die BAfF und die PSZ in dieser Zeit sehr, gegen dieses Narrativ anzugehen. Die

⁷ Die komplette Berliner Erklärung zum Flüchtlingsschutz findet sich unter <http://www.baff-zentren.org/news/breites-buendnis-fordert-verantwortung-fuer-fluechtlingsschutz-zu-uebernehmen/>

Diskussionen waren häufig nicht nur grenzwertig, sondern oft offen rassistisch und gewalttätig geprägt.

Die gewaltvolle und aufgeladene Stimmung hat sich auch konkret auf das Leben von Geflüchteten in Sachsen, aber auch ganz Deutschland ausgewirkt. Auch für die Arbeit in den Psychosozialen Zentren hat sich dies in den vergangenen Monaten deutlich gezeigt. Eine Kollegin aus Sachsen berichtete über die Zustände vor Ort und sagte, dass der Alltagsrassismus, den Geflüchtete erfahren, sehr präsent sei. *„Ständig werden Menschen, die als „fremd“ eingeordnet werden, angerempelt. Das Verhalten ist oftmals mehr als respektlos. Klient*innen berichten uns des Öfteren, dass sie bei Ärzt*innen abgelehnt werden, auch wenn sie akute Beschwerden haben. Gerade auch Frauen mit Kopftuch erleben das“*, berichtet die Psychologin. *„Manche Klient*innen wollen wieder in die Aufnahmeeinrichtungen zurück, weil sie sich dort sicherer fühlen, als in ihren Wohnungen. Da weiß ich dann gar nicht mehr, was ich ihnen zur Stabilisierung sagen soll ...“*

#Unteilbar: Solidarität statt Ausgrenzung – für eine offene und freie Gesellschaft

Doch auch ein riesiges positives Zeichen wird im Jahr 2018 gesetzt. Unter dem Hashtag #unteilbar finden sich mehr als 450 Organisationen und lokale Gruppen, sowie weitere über 11.000 Unterzeichnende zusammen, um gemeinsam für ein Europa der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit, für ein solidarisches und soziales Miteinander statt Ausgrenzung und Rassismus einzustehen. Die BAFF gehört bei der Initiative zu den Erstunterzeichner*innen und nimmt zusammen mit Mitarbeiter*innen aus verschiedenen Psychosozialen Zentren und insgesamt beinahe einer viertel Million Menschen an der bundesweiten Demonstration am 13. Oktober 2018 teil.

Aus dem Aufruf:

„Es findet eine dramatische politische Verschiebung statt: Rassismus und Menschenverachtung werden gesellschaftsfähig. Was gestern noch undenkbar war und als unsagbar galt, ist kurz darauf Realität. Humanität und Menschenrechte, Religionsfreiheit und Rechtsstaat werden offen angegriffen. Es ist ein Angriff, der uns allen gilt.

Wir lassen nicht zu, dass Sozialstaat, Flucht und Migration gegeneinander ausgespielt werden. Wir halten dagegen, wenn Grund- und Freiheitsrechte weiter eingeschränkt werden sollen.“⁸

Es braucht in Zeiten von Ankerzentren und rechter Stimmungsmache solche positiven Signale und breite Bewegungen für ein solidarisches Miteinander. Die Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer werden sich auch weiterhin für eine offene Gesellschaft einsetzen.

⁸ Der vollständige Aufrufstext von #unteilbar findet sich unter <https://www.unteilbar.org/aufruf/>.

2. Versorgungssituation und fachliche Vernetzung

Wachstum der Psychosozialen Zentren

Bundesweit ist in den vergangenen Jahren ein Trend zur Neugründung von Psychosozialen Zentren oder ähnlichen Initiativen und Organisationen zu sehen, die in der psychosozialen und psychotherapeutischen Versorgung von Geflüchteten tätig werden wollen. Die BAfF berät sowohl Mitglieder, die den Leitlinien der Psychosozialen Zentren entsprechen, als auch Organisationen, die sich zurzeit noch im Aufbau zum PSZ befinden. Da sich die (gesundheits-)politischen Rahmenbedingungen der Versorgung in nur sehr kleinem Rahmen ändern, bleiben die Hauptthemen der Beratung – neben dem kontextsensiblen Arbeiten mit traumatisierten Geflüchteten und Überlebenden von Folter – weiterhin die Finanzierung und Abrechnung der psychosozialen und psychotherapeutischen Versorgungsangebote, die Beantragung von Ermächtigungen für die Psychotherapie von Geflüchteten, der Aufbau von qualifizierten Dolmetscher*innenpools und Netzwerken mit der Gesundheitsregelversorgung, die Vernetzung und der Austausch mit erfahrenen Kolleg*innen aus langjährig bestehenden PSZs sowie die Kooperation mit Verwaltungsbehörden und politischen Entscheidungsträgern.

Die BAfF als Dachverband der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer ist im Jahr 2018 ebenfalls gewachsen – mittlerweile sind in der BAfF bundesweit 41 Psychosoziale Zentren vernetzt, davon sind 12 PSZ im Aufbau. Eine Auflistung der Mitglieder der BAfF befindet sich im Anhang des Tätigkeitsberichtes.

Psychosoziale Versorgung von Geflüchteten und Folteropfern im Jahr 2018

Noch immer finden psychisch erkrankte Geflüchtete in Deutschland nur eingeschränkt Zugang zu psychosozialen Unterstützungsangeboten. Die PSZ (zur Zeit der Umfrage waren es insgesamt 37) konnten nur einen Bruchteil der Geflüchteten versorgen, die sich mit Behandlungs- und Beratungsanfragen an sie wenden. So haben die Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer im Jahr 2016 zwar 17.674 Klient*innen versorgt – die Versorgungskapazität ist also um 25 % im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. „Diese zusätzlichen Behandlungsplätze stehen aber in keinem Verhältnis zur hohen Nachfrage“, gibt Jenny Baron zu bedenken. Sie erhebt seit 2012 für die BAfF Daten zur psychosozialen Versorgung von Geflüchteten. In einigen Regionen sei die Versorgungssituation so angespannt, dass schwer traumatisierte Geflüchtete bis zu eineinhalb Jahre auf den Beginn ihrer Therapie warten müssen. Damit würde unnötig zusätzliches Leid entstehen. „Krisen spitzen sich zu und Menschen, die ambulant gut hätten versorgt werden können, müssen stationär aufgenommen werden“, berichtet die Psychologin.

Durchschnittlich warten Geflüchtete auch in den PSZ 6 Monate auf einen Psychotherapieplatz. Die Ablehnungszahlen sind im Vergleich zum Jahr 2016 um 85 % gestiegen. Mit über 10.000 abgelehnten

Personen pro Jahr liegt diese Zahl mittlerweile sogar höher als die Anzahl der Geflüchteten, die von den Zentren neu aufgenommen werden konnten.

Die Kapazitätsprobleme der Zentren sind dabei eng mit der eingeschränkten Zugänglichkeit des Gesundheitssystems für Geflüchtete verbunden. 93% der Psychotherapien werden in den Psychosozialen Zentren durch Projekt- und Spendengelder sowie in der Regel zeitlich begrenzte Zuschüsse aus Bundes- und Landesmitteln finanziert und nicht durch die eigentlich verantwortlichen Kostenträger des Gesundheits- und Sozialsystems, d.h. die Sozialbehörden, die Krankenkassen und die Jugendämter. Hier wird deutlich, wie abhängig die psychosoziale Versorgung von Geflüchteten – eigentlich eine staatliche Aufgabe – noch immer von begrenzten und zeitlich instabilen Projektmitteln sowie von privaten Zuschüssen sei: „Gesundheitliche Versorgung sollte aber kein humanitärer Akt sein“, wendet Baron ein. „Gesundheit ist ein Menschenrecht, das allen hier lebenden Personen diskriminierungsfrei gewährt werden muss.“

Alle Informationen zur Versorgungssituation für traumatisierte Geflüchtete finden sich im aktuellen Versorgungsbericht der BAfF. Dieser ist online als pdf abrufbar: http://www.baff-zentren.org/wp-content/uploads/2018/08/Versorgungsbericht_4.Auflage.pdf

Auch im Jahr 2018 hat die BAfF eine umfassende Datenerhebung zur psychosozialen Versorgung von Geflüchteten durchgeführt und sie gemeinsam mit Hintergrundinformationen zu rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Versorgung in einem Versorgungsbericht aufbereitet. Der Versorgungsbericht wurde Ende des Jahres 2018 fertiggestellt und geht Anfang 2019 in den Druck.

(Neue) Unterstützungskonzepte in der psychosozialen Arbeit mit Geflüchteten

Mit der erhöhten Aufmerksamkeit für Traumatisierungen bei Geflüchteten in den letzten drei Jahren ging auch ein Diskurs einher, der von der Empfehlung bewährter psychosozialer und/oder psychotherapeutischer Unterstützungsangebote für die Patient*innen-Gruppe der Geflüchteten abweicht. Um Kosten zu sparen und Kapazitätsengpässen schnell entgegenzuwirken, werden Modelle der Laienhilfe, Kurzzeitinterventionen sowie Online-Angebote und Apps konzipiert, die die fachlichen Standards der psychosozialen Gesundheitsversorgung häufig unterschreiten. Oft sind diese Vorhaben mit großzügig finanzierten Forschungsprojekten verknüpft und generieren zwar Daten für die jeweiligen Akteur*innen, sind aber noch nicht ausreichend in der etablierten Praxis erprobt oder mit dieser entwickelt worden. Zugleich wird durch diese Angebote suggeriert, dass es aus strukturellen und aus Kostengründen nicht möglich ist, Geflüchtete bedarfsgerecht und auf gleichem Niveau wie gesetzlich Krankenversicherte zu versorgen. Hier wird ein systemischer Mangel verwaltet statt ihn auf struktureller Ebene zu beseitigen.

Die BAfF sieht es als ihre Aufgabe, kritisches Feedback zu geben, um einen Einfluss auf die Schwerpunktsetzung in der sich neuerdings schnell entwickelnden Wissensproduktion zu nehmen und die Praxisrelevanz sowie ethische Implikationen von Projekten zu überprüfen. Um das Entstehen einer Versorgung zweiter Klasse für Geflüchtete zu vermeiden und gleichzeitig die

Potentiale neuer Ansätze zu erkennen und nutzen zu können, befasst sich die BAfF verstärkt auch mit einer Analyse und Bewertung dieser Angebote. Es ist dabei zu beobachten, dass die in den letzten Jahren gegründeten Initiativen aus dem Bereich Forschung und Laienhilfe bislang kaum zu strukturellen Veränderungen der Versorgungssituation geführt haben. Während einige Kliniken den Zugang zu psychiatrischer Behandlung durch das Nutzen von Dolmetscher*innenpools etwas vereinfacht haben, werden niedergelassene Psychotherapeut*innen weiterhin schlecht erreicht.

Diese Entwicklungen zeigen, dass sich das Modell PSZ trotz widriger (gesundheits-)politischer Umstände als nachhaltig erweist. Das Positionspapier „Lots*innen, Peers und Laienhelfer*innen: (Neue) Unterstützungskonzepte in der psychosozialen Arbeit mit Geflüchteten“⁹ der BAfF fasst die aktuellen Entwicklungen und neue Projekte zusammen, ordnet diese in den derzeitigen Diskurs ein und analysiert die Möglichkeiten und auch die Grenzen von Laienhilfe-Programmen. Die Forderung hierzu muss aber sein, dass eine faire und bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung auch für geflüchtete Menschen gewährleistet werden muss. Peer-Programme sind kein Allheilmittel für jahrelang versäumte Missstände. Es gilt weiterhin, Mängel in den bestehenden Versorgungsstrukturen nachhaltig zu beheben und eine bedarfsorientierte Versorgung zu gewährleisten.

Studie des Wissenschaftlichen Dienstes der AOK zu Gesundheit von Geflüchteten in Deutschland

Der Wissenschaftliche Dienst der AOK hat eine repräsentative Studie zur Gesundheit von Geflüchteten erstellt und kommt zu dem Ergebnis, dass rund drei Viertel der Schutzsuchenden unterschiedliche Formen von Gewalt erfahren haben und oft mehrfach traumatisiert sind. Die BAfF hat die Autor*innen der Studie im Vorfeld beraten und mit ihnen über Schwierigkeiten und Probleme in der gesundheitlichen Versorgung von Geflüchteten gesprochen. Die im Oktober 2018 veröffentlichte Studie bestätigt die Erfahrungen der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer und des Dachverbands BAfF aus den vergangenen 20 Jahren: Bürokratische und sprachliche Hürden müssen abgebaut werden, ein Ausbau der psychotherapeutischen Angebote für Geflüchtete ist dringend erforderlich.¹⁰

Anlässlich dieses Berichts und zur Frage Möglichkeiten der Finanzierung von Psychosozialen Zentren stand die BAfF mehrfach im Kontakt mit den Autor*innen der Studie und hat sich mit ihnen bzw. mit Vertreter*innen des AOK Bundesverbands getroffen. Die Gespräche werden 2019 fortgeführt.

⁹ Das Positionspapier in der aktualisierten Version findet sich unter <http://www.baff-zentren.org/news/baff-positionspapier-neue-unterstuetzungskonzepte-in-der-psychozialen-arbeit-mit-gefluechteten/>.

¹⁰ Eine ausführlichere Einordnung der AOK-Studie durch die BAfF findet sich unter <http://www.baff-zentren.org/news/aok-studie-fordert-ausbau-des-psychotherapeutischen-angebots-fuer-gefluechtete/>, die Studie der AOK als pdf: https://www.wido.de/fileadmin/wido/downloads/pdf_wido_monitor/wido_mon_ausg_1_2018_1018.pdf.

3. Gesundheits- und sozialpolitische Lobbyarbeit

Stellungnahmen im Asylverfahren

Die BAfF erhielt auch 2018 Rückmeldungen aus den PSZ, dass das BAMF weiterhin Stellungnahmen von Psychologischen Psychotherapeut*innen, aber vermehrt auch von Ärzt*innen ablehnt bzw. sehr umfangreiche, kaum zu beantwortende Rückfragen stellt. Aus diesem Anlass konnte gemeinsam mit Refugio München ein Gesprächstermin mit dem stellvertretenden Leiter des BAMF, Herrn Richter, sowie Gräfin Praschma, Leiterin der Abteilung „Internationale Aufgaben, Grundlagen Asylverfahren und Migration“ stattfinden. Es ging bei dem Fachaustausch auch um Fragen der Qualität im Asylverfahren und damit zusammenhängend um die Qualifizierung der Einzelentscheider*innen sowie Möglichkeiten der Kooperation im Rahmen von Schulungen für Sonderbeauftragte und Einzelentscheider*innen. Dieses Thema ist für das BAMF von großem Interesse, denn „Schulung und Qualifizierung“ wird nach vielen Jahren, in denen sehr viele neue Mitarbeiter*innen eingestellt, besondere Bedeutung beigemessen.

Auch wenn die Positionen der BAfF und des BAMF grundsätzlich nicht deckungsgleich sind, konnten Zweifel und Bedenken ausgelöst werden an der Praxis des BAMF bzw. vieler Einzelentscheider*innen zu den eigenwilligen bzw. willkürlichen Nachfragen bzw. Anforderungen, die an Stellungnahmen und Atteste gestellt werden. Seitens der BAfF wurde erneut in Frage gestellt, dass grundsätzlich „fach“ärztliche Bescheinigungen angefordert werden und Bescheinigungen von approbierten Arzt*innen ohne Facharztausbildung nicht genügen. Von BAMF Seite wurde jedoch bestätigt, dass substantiierten Hinweisen zu vorliegenden Erkrankungen nachgegangen werden muss. Die BAfF erbittet deutliche Hinweise vom BAMF darüber, wie und nach welchen Maßgaben Stellungnahmen gewürdigt werden. Die Gespräche werden 2019 fortgeführt.

Weiterhin eine Baustelle: Die Ermächtigungsregelung für Psychotherapeut*innen

Die BAfF erstellte in Mai 2018 nach Durchführung einer erneuten Umfrage eine weitere Stellungnahme zur Ermächtigung.¹¹ Nach Auffassung der BAfF droht die Ermächtigung aufgrund von Einschränkungen bei dem Behandlungszeitraum und der nicht sichergestellten Fortsetzung der Finanzierung der Therapien bei Anerkennung oder Arbeitsaufnahme zu scheitern.

Aufgrund der weiterhin ungeklärten Fragen zur Ermächtigung fand Mitte 2018 ein Austauschgespräch mit der Kassenärztlichen Vereinigung in Berlin statt.

¹¹ Die Stellungnahme findet sich online unter <http://www.baff-zentren.org/wp-content/uploads/2008/05/Die-Erm%C3%A4chtigung-zur-psychotherapeutischen-Behandlung-von-Gefl%C3%BCchteten-Ein-Instrument-droht-zu-scheitern.pdf>

Ebenfalls zur Ermächtigung tauschte sich die BAfF mit Frau MdB Sylvia Gabelmann, DIE LINKE (Mitglied im Ausschuss für Gesundheit) aus.

Ankerzentren

Mit der neuen Bundesregierung hat auch das Konzept der sog. Ankerzentren Einzug in den Koalitionsvertrag gefunden. Die BAfF positioniert sich klar gegen die menschenunwürdige Unterbringung in Massenunterkünften und hat hierzu zwei Stellungnahmen verfasst – eine bereits zu Zeiten der Sondierungsgespräche der Großen Koalition („Einigung auf Kosten von Kriegsflüchtlingen und Folteropfern: Was das Ende der Willkommenskultur für traumatisierte Flüchtlinge bedeutet“, 19.01.2018¹²), die zweite, ausführliche Stellungnahme erfolgte im Sommer („Abschottung um jeden Preis? Wie sich die geplanten Ankerzentren auf Geflüchtete, Traumatisierte und die Gesellschaft auswirken“, 18.06.2018¹³).

Gemeinsam mit zahlreichen weiteren Organisationen, wie zum Beispiel dem BumF, Save the Children und Terre des Hommes vernetzt sich die BAfF, um Informationen auszutauschen, wo Ankerzentren unter welchen Bedingungen eingerichtet wurden und über mögliche gemeinsame Positionierungen zu beraten.

Zudem hat die BAfF gemeinsam mit 24 Verbänden und zivilgesellschaftlichen Organisationen in einem gemeinsamen offenen Brief an die Städte und Gemeinden sowie das Innenministerium und das Familienministerium aufgefordert, die Rechte und das Wohl von Kindern in der Debatte um die geplanten Ankerzentren zu achten. *„Kinder brauchen eine Umgebung, in der sie sicher und gesund aufwachsen können. Nach allem, was wir bisher über die Planungen wissen, werden Ankerzentren dafür nicht geeignet sein“*, so Elise Bittenbinder, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin und Vorsitzende der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer.¹⁴

Austausch mit dem Bundesgesundheitsministerium

Mit Vertreter*innen des Bundesgesundheitsministeriums wurden die zentralen Punkte der Studien der AOK (siehe oben) sowie der BARMER besprochen¹⁵. Derzeit sei trotz der genannten Studien das

¹² Online unter <http://www.baff-zentren.org/news/stellungnahme-zu-den-ergebnissen-der-sondierungsgespraechen/>

¹³ Online unter http://www.baff-zentren.org/wp-content/uploads/2018/06/Stellungnahme_BAaF_Ankerzentren_2018.06.18.pdf

¹⁴ Weitere Informationen und der Inhalt des offenen Briefes finden sich online unter <http://www.baff-zentren.org/news/gemeinsame-stellungnahme-von-24-verbaenden-ankerzentren-fuer-kinder-und-jugendliche-ungeeignet/>

¹⁵ <https://www.barmer.de/blob/133064/111932f27abc3b54594874d07a668a8a/data/dl-3-gesundheitliche-versorgung-von-asylsuchenden---untersuchungen-anhand-von-abrechnungsdaten-der-barmer.pdf>

Thema der Gesundheitsversorgung von Geflüchteten nur schwierig in den politischen Diskurs zu bringen. Auch hinsichtlich der Ermächtigung wird weiterhin seitens des BMG wenig Änderungsspielraum gesehen. Allerdings besteht grundsätzlich großes Interesse an der Arbeit der Zentren, weshalb die Arbeit der Zentren weiter evaluiert werden sollte.

Round-Table zu Versorgungskapazitäten für Geflüchtete – Verortung und Zukunftsausrichtung

Im Mai 2018 wurde von der BAfF ein Round-Table zum Thema „Versorgungskapazitäten für Flüchtlinge und Folterüberlebende“ organisiert und durchgeführt. Dieser Round-Table wurde zur internen Reflektion und Diskussion der bisherigen Erfahrungswerte und Modelle des Einsatzes von Laienhelfer*innen in der psychosozialen Versorgung genutzt.

Die Entwicklungstrends in der psychosozialen Versorgung für Geflüchtete und Folterüberlebende der letzten Jahre haben die Ökonomisierung und die Attraktivität von schnellen und kostengünstigen Lösungen deutlich verschärft. In diesem Sinne haben neue Akteur*innen aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe ihren Platz in der psychosozialen Versorgungslandschaft in Deutschland gefunden. Sie versuchen im Rahmen von Konzepten und Modellen wie „Peers“, „Laienhelfer*innen“, „Stabilisierungshelfer*innen“ etc., den Bedarf von psychisch belasteten Geflüchteten aufzufangen und abzudecken, arbeiten aber mit sehr unterschiedlichen Kriterien, Bedingungen und Qualitätsstandards.

Bei dem Round-Table wurde der Raum geschaffen, die aktuellen Erfahrungen mit diesen neuen Akteur*innen zu evaluieren und eine fachliche und politische Positionierung zu entwickeln, die dazu beitragen soll, Qualitätsstandards, die sich in der psychosozialen Versorgung etabliert haben und eine wissenschaftliche Fundierung haben, nicht zu unterschreiten und eine Schädigung von Geflüchteten durch unqualifiziertes Engagement abzuwenden.

Aus der Veranstaltung ist ein Positionspapier entstanden, das vorhandene Strukturen analysiert, bewertet und sowohl die Chancen als auch die Gefahren verschiedener Ansätze aufzeigt.¹⁶

Zusammenarbeit mit dem Forum Menschenrechte

Die BAfF ist weiterhin im Ko-Kreis des Forum Menschenrechte durch Elise Bittenbinder vertreten. Gemeinsam mit dem Forum Menschenrechte hat die BAfF am Parallelbericht zum Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland zum UN-Sozialpakt mitgewirkt¹⁷. Aufgrund der eingereichten

¹⁶ Das Positionspapier ist abrufbar unter: http://www.baff-zentren.org/wp-content/uploads/2019/02/BAfF_Positionspapier_Laienhilfe_2019.pdf

¹⁷

https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/treatybodyexternal/Download.aspx?symbolno=INT%2fCESCR%2fCSS%2fDEU%2f28575&Lang=en

Parallelberichte hat sich der UN-Ausschuss für ökonomische, soziale und kulturelle Rechte darüber besorgt gezeigt, dass Asylsuchende nur einen eingeschränkten Zugang zur Gesundheitsversorgung nach §§ 4 und 6 AsylbLG haben¹⁸.

Beitrag Konferenz Netzwerk Fluchtforschung, Eichstätt

Eine Woche vor der Landtagswahl in Bayern waren Mitarbeiter*innen der BAfF in Eichstätt. Die Stadt der 34 Kirchen und in der die AfD-Wahlplakate tief und die SPD-Plakate ganz oben an den Laternen hängen, liegt nur etwa 40km von Ansbach, der Ort an dem im Sommer 2016 ein „Anschlag“ durch einen Geflüchteten ausging und Trauma, Gewalt und Radikalisierung enger im Diskurs zusammenbrachte. Etwa 30km entfernt ist das nächste Ankerzentrum in Manching-Ingolstadt und nur 1000m vom Tagungsort selbst befinden sich seit Beginn der Tagung Menschen in der Abschiebehaft im Hungerstreik.

In dieser Umgebung fand vom 04.10. bis 06.10.2018 bundesweit die größte Konferenz zu Fluchtforschung statt. Ausgerichtet wurde die Tagung durch das Netzwerk Fluchtforschung, in dem etwa 360 Wissenschaftler*innen aus Deutschland assoziiert sind. Im Programm standen etwa 120 Beiträge, in denen u.a. Ergebnisse zu Fragen der Unterbringung, Änderungen des Flüchtlingsrechts und Versorgung von Geflüchteten aus unterschiedlichen Fachbereichen (Soziologie, Psychologie, Ethnologie, Politikwissenschaft, Geschichtswissenschaft, ...) vorgestellt wurden.

Darunter auch Themen im Bereich Psychische Gesundheit und Flucht oder Grenzen und Potentiale Sozialer Arbeit mit Geflüchteten, die direkt die Arbeit der PSZ betreffen.

Die BAfF konnte mit zwei Vorträgen zu „Wirkfaktoren in der psychosozialen Versorgung von Geflüchteten“ (Leonie Teigler) und zu „Komplexe Bedarfe in komplizierten Systemen. Ein Modellierungsversuch zur psychosozialen Versorgung von Geflüchteten im Regelsystem“ (Jenny Baron) ihre Position miteinbringen.

Mehr Infos dazu unter: <https://fluechtlingsforschung.net/konferenz2018/>

Internationale Trainingsmaßnahmen zu psychosozialer Unterstützung

Im Rahmen des Regionalvorhabens zur „Psychosozialen Unterstützung für syrische und irakische Flüchtlinge und Binnenvertriebene“ hat die BAfF mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und weiteren Organisationen zusammengearbeitet. Zwischen Herbst 2017 und Frühjahr 2018 wurde ein Empfehlungspapier für Trainingsmaßnahmen in einer Arbeitsgemeinschaft gemeinsam entwickelt, analysiert und diskutiert (gemeinsam mit medica mondiale, OPSI, miseror, Haukari, medico international, Zentrum Überleben, Jiyun Foundation,

¹⁸ <http://www.baff-zentren.org/rechtliches/un-ausschuss-kritisiert-eingeschraenkte-gesundheitsversorgung-von-asylsuchenden/>

Charité). Dieser Orientierungsrahmen für Trainingsmaßnahmen umfasst dabei verschiedene Bausteine, die u.a. die Kontextbedingungen der Syrien- und Irakkrise mit thematisieren. So werden auch die Voraussetzungen für Trainingsmaßnahmen zu Mental Health and Psychosocial Support (MHPSS) aufgeführt, wie etwa Bedarfsermittlung und Sprachmittlung. Die BAfF steht auch weiter in Kontakt mit den Akteur*innen des Regionalvorhabens und wird bei der Weiterbearbeitung des Empfehlungspapiers beteiligt sein.

4. Rechtliche Beratung

Auch 2018 konnte die rechtliche Sprechstunde der BAfF fortgeführt werden. Allein in diesem Jahr wurden 187 Beratungen per Email oder Telefon durchgeführt. Die Anfragen stammen ganz überwiegend von Mitarbeitenden aus den Mitgliedszentren. Allerdings stammten eine Vielzahl der Anfragen auch von Ermächtigten, wobei in einigen Fällen aufgrund der weiterhin ungeklärten rechtlichen Lage der Ermächtigung in den einzelnen Bundesländern zum Teil eine intensive Beratung erforderlich wurde.

Neben Fragen der Abrechnung von Therapie-, Sprachmittlungs- und Fahrtkosten waren Fragen zum allgemeinen Asyl-, Aufenthalts- und Sozialrecht von großem Interesse. Seit Mai 2018 sind zudem Rückfragen zum Datenschutz in den Zentren besprochen worden.

Datenschutz

Am 25.05.2018 trat die neue Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in Kraft, sie seitdem unmittelbar in allen EU-Mitgliedstaaten gilt.

Da der Datenschutz für die Arbeit der PSZ von hoher Relevanz ist, hat die BAfF unterstützend Informationen¹⁹ an die Zentren versendet. Das PSZ Düsseldorf hat Übersetzungen der Klient*innen-Informationen erstellt, die dankenswerterweise den Zentren zur Verfügung gestellt werden durften.

Rechtliche Schulungen

Finanziert durch Amnesty International konnten in Frankfurt, Nordrhein-Westfalen sowie Thüringen Schulungen für Mitarbeitende der Zentren zu rechtlichen Themen, insbesondere dem Umgang mit Attesten und Stellungnahmen im Asyl- und Aufenthaltsrecht sowie der Finanzierung von Therapien, durchgeführt werden.

¹⁹ Online unter: <http://www.baff-zentren.org/news/dsgvo-2018/>

Zudem wurden elf weitere Schulungen zu diesen Themen durchgeführt, an denen neben Mitarbeitenden der Zentren zum Beispiel Vertreter*innen des öffentlichen Gesundheitsdienstes, Ärzt*innen und Krankenpfleger*innen und Vertreter*innen des BAMF teilnahmen.

5. Veranstaltungen 2018

Fachtagung „Von Aleppo nach Eisenhüttenstadt – und dann? Wege in Sicherheit und Versorgung“ in Potsdam

Gemeinsam mit Gesundheits- und Menschenrechtsexpert*innen und 180 Teilnehmer*innen sind wir auf der BAfF-Tagung vom 22. bis 24. April 2018 in Potsdam der Frage nachgegangen, was Sozialarbeiter*innen, Therapeut*innen, Jurist*innen und Ärzt*innen angesichts eines zunehmend repressiven Grenz- und Migrationsmanagements im Arbeitsfeld Flucht und Asyl beschäftigt.

Die Biografien der Menschen, die vor schweren Menschenrechtsverletzungen fliehen, sind häufig von einer langen Kette an Gewalterfahrungen geprägt. Viele waren Monate oder sogar Jahre unterwegs und dabei womöglich mehrfach mit der Bedrohung des eigenen Lebens und dem Tod anderer Geflüchteter konfrontiert. Oft sind die traumatisierenden Erlebnisse der Geflohenen so grausam und zerstörerisch, dass das Grundvertrauen in die eigene Person, die Mitmenschen und die Welt verloren geht.

Doch Traumatisierungen, wie Geflüchtete sie erlebt haben, sind nicht als isolierte, einmalige Ereignisse zu begreifen, die im Herkunftsland stattgefunden haben und nach der Flucht mit der Ankunft in Deutschland vorbei sind. Sie verlaufen vielmehr als Prozesse in mehreren Sequenzen. Auch und vor allem die Sequenz der Ankunft in Deutschland ist dabei von hoher Relevanz. Die Lebensbedingungen und der soziale Kontext nach der Flucht entscheiden maßgeblich darüber, ob jemand, der Traumatisches erlebt hat, letztlich eine psychische Störung entwickelt oder nicht.

Was Überlebende schwerer Gewalt brauchen, um hier in Deutschland anzukommen und sich ein neues Leben aufzubauen, sind Orte, an denen sie sich sicher fühlen können, an denen sich Menschen für ihr Schicksal interessieren und sie neue Beziehungserfahrungen machen können. *„Für viele Geflüchtete ist das Psychosoziale Zentrum der Ort, an dem sie dank der Kombination verschiedener Hilfen das erste Mal zur Ruhe kommen und ihre Lage neu wahrnehmen und bewerten können“*, berichtet Irena Petzoldova. Die Psychologische Psychotherapeutin von KommMit e.V. kritisiert aber auch, dass gerade bei der Umverteilung auf Landkreise nicht auf die Bedürfnisse der Geflüchteten geachtet werde – so werde Integration eher behindert.

Die Beiträge der Referent*innen führten die Teilnehmer*innen der Tagung entlang der Grenzen, Mauern und systemischen Barrieren, die Geflüchtete im Zugang zum Asylrecht und zum Menschenrecht auf Gesundheit überwinden müssen. Beginnend an den Brennpunkten der

vorgelagerten Sicherheitsgürtel an den EU-Außengrenzen Beiträge z.B. zum Konzept der Ankunfts-, Entscheidungs- und Rückführungszentren (kurz: Ankerzentren). Es wurde gefragt, wie zugänglich und erreichbar auf diesem Weg Unterstützungsstrukturen in- und außerhalb staatlicher Verantwortung sind und was es braucht, um unabhängige und bedarfsgerechte Beratungs- und Behandlungsangebote für besonders vulnerable Flüchtlingsgruppen zu stärken.

„Trotz vieler Proteste wird die Situation von inhaftierten Asylsuchenden immer schwieriger. Berichte über Menschenrechtsverletzungen werden ignoriert“, kritisierte etwa Maria Książak, die als Psychologin und Traumatherapeutin beim Polnischen Zentrum für die Rehabilitation von Folterüberlebenden arbeitet. *„Wir erleben keine Flüchtlingskrise, sondern eine humanitäre Krise.“* Diese verschärfte Situation bestätigte später auch Prof. Dr. med. Oliver Razum. Der Dekan der Fakultät für Gesundheitswissenschaften an der Universität Bielefeld sagte, dass in Deutschland der Zugang zu gesundheitlicher Versorgung abhängig vom Aufenthaltsstatus sei. *„Gesundheit wird damit von einem Menschenrecht zu einem Bürgerrecht degradiert“,* kritisierte er die beschränkten Zugänge zu Gesundheitsleistungen für geflüchtete Menschen und Migrant*innen. *„In den vergangenen Jahren gab es jede Menge verpasste Chancen, aus denen man hätte lernen können, aber nicht gelernt hat“,* sagte er zum Schluss seines Vortrages. *„Es bleibt eine der großen Fragen im Bereich Public Health und darüber hinaus, wie wir konstruktiv mit der gesundheitlichen und der gesellschaftlichen Diversität umgehen können.“*

In den Workshops wurde auf verschiedene Themen vertiefend eingegangen, so etwa zur gesundheitlichen Versorgung von Frauen in Gemeinschaftsunterkünften in Brandenburg, zur traumasensiblen Beratung für geflüchtete LSBT*I*Q sowie zur Beratung für Opfer rassistischer Gewalt.

Eine ausführliche Dokumentation der Vorträge und Ergebnisse aus den zahlreichen Workshops ist in gedruckter Version erschienen und kann als pdf heruntergeladen werden (http://www.baff-zentren.org/wp-content/uploads/2018/02/Tagungsdokumentation_2018.pdf)

Interne Fachtagung und kollegialer Austausch

Um die Vernetzung der Psychosozialen Zentren zu stärken und einen kollegialen Austausch zu schaffen, hat die BAfF im November 2018 eine interne Fachtagung in Magdeburg veranstaltet, an der nur Mitarbeiter*innen der Mitgliedszentren der BAfF teilnehmen konnten. So wurde sichergestellt, dass alle Teilnehmer*innen offen und ungehemmt diskutieren konnten. Zudem wird dadurch sichergestellt, dass die grundlegenden Standards in der psychosozialen Arbeit mit Geflüchteten – wie sie von der BAfF vertreten werden – bekannt sind und eingehalten werden. Dadurch kann in den Diskussionen zu einzelnen Themenbereichen vertiefter diskutiert werden.

Ein häufig diskutiertes Thema waren auch hier die Ankerzentren und deren Auswirkungen auf die Unterstützungsstrukturen für geflüchtete Menschen. Auch der „Generationenwechsel“ in den Psychosozialen Zentren wurde thematisiert. In vielen PSZ gehen derzeit die Mitarbeiter*innen, die an der Gründung ihrer Organisationen und Einrichtungen beteiligt waren, in den Ruhestand. Daher

wurde die Frage diskutiert, ob und wenn ja, was dieser Generationenwechsel mit den aktuellen Anforderungen an Fachlichkeit und Effizienz oder dem Kampf für eine politische Utopie mache.

Transnationale Tagung gemeinsam mit medico international, HAUKARI, FATRA und der BAfF

Die BAfF hat gemeinsam mit den Frankfurter Menschenrechtsorganisationen medico international e.V. und HAUKARI e.V., die seit vielen Jahren mit Überlebenden von Krieg und Gewalt in Konfliktregionen arbeiten, sowie dem Frankfurter Arbeitskreis Trauma und Exil (FATRA e.V.), die psychosoziale Beratung für Geflüchtete anbieten, am 20.10.2018 in Frankfurt/Main zur ganztägigen Fachtagung „Trauma- und Resilienzpolitiken – zwischen Empathie und Stigmatisierung“ eingeladen.

Die Tagung hatte zum Inhalt und Ziel einen transnationalen Raum bereitzustellen, um mit Menschen, die sich professionell oder ehrenamtlich in der psychosozialen Arbeit mit Geflüchteten in Europa oder in Konfliktgebieten weltweit engagieren, die eigene psychosoziale Praxis zu reflektieren und die politische Dimension der Arbeit zu beleuchten. Im Fokus stand dabei die kritische Reflexion über den Umgang mit Trauma- und Resilienzkonzepten unter Einbeziehung der vielfältigen, lokalen Expertise und Praktiken. Hintergrund der Auseinandersetzung im Rahmen dieser Tagung sind Entwicklungen in der Entwicklungs- und Gesundheitspolitik, die ursprünglich emanzipatorisch und kontextbezogenen Konzepte psychosozialer Arbeit „Trauma“ und „Resilienz“ zu instrumentalisieren versuchen. In Reaktion auf die Zunahme von Leiden im Rahmen aktueller militärischer Konflikte und damit verbunden die Zunahme von Menschen, die vor Krieg und Gewalt flüchten müssen, erhalten biomedizinisch begründete, standardisierte Kurzzeittherapieansätze Hochkonjunktur. Derartige Ansätze werden exportiert ohne Ansehen der lokalen Strukturen, bewährter Praktiken vor Ort oder Reflexion der jeweiligen Bedarfe.

Die Tagung hat den Raum bereitgestellt für eine transnationale Debatte zu dieser Thematik und der Vernetzung von Fachleuten im psychosozialen Bereich. Als Referent*innen waren 45 Gäste aus 11 Ländern eingeladen – Polen, Italien, Schweiz, Türkei, Libanon, Afghanistan, Marokko, Irak, Kurdische Region im Irak, Sierra Leone, Palästina, Ägypten – die als Psycholog*innen, Psychotherapeut*innen, Jurist*innen oder Sozialarbeiter*innen in der psychosozialen Praxis aktiv sind.

Am Vortag der Tagung hatten die Referent*innen Raum für einen internen Austausch über Konzepte und Praxen der psychosozialen Arbeit. Die Diskussionslinien, Fragen und Ergebnisse des internen Diskurses wurden am Folgetag in die öffentliche Tagung getragen und dort in Form von Beiträgen, Workshops und Diskussionsrunden weiterverarbeitet. Die Tagung war mit 80 Teilnehmer*innen sehr gut besucht. Sie wurde filmisch dokumentiert, Mitschnitte davon sowie eine Zusammenfassung der Tagung werden ab ca. Mitte Februar 2019 verfügbar sein.

Europäische Perspektiven auf die Arbeit mit Geflüchteten und Überlebenden von Gewalt

Was muss die psychosoziale und interdisziplinäre Arbeit mit Geflüchteten und Überlebenden von Menschenrechtsverletzungen beinhalten? Vom 11. bis zum 13. Dezember haben sich Mitarbeiter*innen aus Beratungs- und Behandlungszentren aus 8 Ländern gemeinsam in Berlin über diese Frage ausgetauscht. Ziel war es, ein Konzept für interdisziplinäre Trainings im Bereich Menschenrechte, Migration und Trauma zu entwickeln, das für verschiedene Akteur*innengruppen zugeschnitten ist.

Die Teilnehmer*innen der Konferenz haben Inhalte und Module besprochen, die in Trainingsmaßnahmen für verschiedene Zielgruppen wie Sozialarbeiter*innen, Richter*innen und Ärzt*innen über die Ländergrenzen hinweg eingesetzt werden können. Diese herausgearbeiteten Eckpunkte sollen dafür dienen, eine angemessene und ganzheitliche Rehabilitation und Beratung für Flüchtlinge und Überlebende von Menschenrechtsverletzungen in den Trainingsmaßnahmen zu vermitteln.

„Im Austausch mit Kolleg*innen aus den Bereichen Gesundheit, Recht und Forschung zeigt sich, wie *der Blick über die eigenen Arbeitsfelder hinweg es uns ermöglicht, eigene Grenzen in der alltäglichen Arbeit zu verstehen und Perspektiven insbesondere für den gemeinsamen internationalen Austausch zu schaffen*“, berichtet Elise Bittenbinder, die Vorsitzende der BAfF e.V.

Die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer – BAfF – hat die transnationale Tagung mit Förderung durch das Auswärtige Amt organisiert. Teilgenommen haben an dem europäischen Austausch Mitarbeiter*innen der beiden osteuropäischen Rehabilitationszentren RCTV Memoria (Moldawien) und RCT Empathy (Georgien), sowie eine Vertreterin der ICAR-Foundation (Rumänien), wissenschaftliche Expert*innen aus Großbritannien und Frankreich sowie Mitarbeiter*innen des Greek Council for Refugees (Griechenland), von Ärzte der Welt (Griechenland) und Dignity (Dänemark).

Mehr Informationen zum Projekt unter <http://www.baff-zentren.org/aktivitaeten-und-projekte/plattform-fuer-gesundheitsfachleute/>

6. Projekte der BAfF

Verstehen, Vernetzen, Stabilisieren. Empowerment von Ehrenamtlichen in der psychosozialen Arbeit mit Geflüchteten

Das von Aktion Mensch geförderte Projekt zielt auf das Empowerment von Tandems aus Ehrenamtlichen und Geflüchteten ab. In diesem Rahmen wird ein Raum eröffnet, in dem sich das Tandem über Perspektiven und Ängste im Umgang mit Trauma und über Probleme durch Barrieren im Zugang zu psychosozialer Versorgung in Berlin austauschen kann.

Das laufende Projekt besteht aus drei ineinandergreifenden Bausteinen. Der Bereich der Sensibilisierungs- und Antidiskriminierungsarbeit umfasst vordergründig den Ausbau der Vernetzung mit ehrenamtlichen Initiativen und Vereinen. Hierzu wurden die meisten der in Berlin seit 2015 entstandenen und selbstständig organisierten Initiativen kontaktiert und die Fortbildungsbedarfe auf Seiten der Freiwilligen ermittelt. Darauf aufbauend wurden Schulungen zum traumasensiblen und empowernden Umgang mit Geflüchteten weiterentwickelt. Die Schulungen orientieren sich an der ehrenamtlichen Praxis und geben eine theoretische Einführung in die verschiedenen Arten von Traumata und deren Folgen, während sie gleichzeitig Hilfestellungen für den praktischen Umgang und Alltag bieten. Ein ressourcenorientiertes Photo Voice Gruppenangebot wird zur Förderung von Stabilisierung und Empowerment der Tandems aus Ehrenamtlichen und Geflüchteten angeboten. Das gemeinsame Fotoprojekt soll in kreativer Form den Austausch über strukturelle und individuelle Problemsituationen ermöglichen und Lösungswege sichtbar machen. Der Aufbau und die Verstärkung von Netzwerkstrukturen wird mithilfe der partizipativen Methode „Community Mapping“ geleistet, die durch die Erstellung von „persönlichen Landkarten“ zur Nutzung und Mobilisierung der vorhandenen Ressourcen und Strukturen anregt und den Eintritt der Geflüchteten in das schwer zugängliche Versorgungssystem oder alternative Stabilisierungsangebote erleichtert.

Mehr Informationen zum Projekt unter <http://www.baff-zentren.org/aktivitaeten-und-projekte/verstehen-vernetzen-stabilisieren-empowerment-von-ehrenamtlichen-in-der-psychosozialen-arbeit-mit-gefluechteten/>

Traumasensibles Lehren – Online-Schulungen in Kooperation mit BumF und Augeo

Die niederländische Organisation Augeo bietet Online-Schulungen zum Thema „Traumasensibles Lehren“ für Fachkräfte aus dem Bildungsbereich an, die Kinder und Jugendliche im Umgang mit ihren Belastungen unterstützen wollen. In Kooperation mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen, ihren Eltern und niederländischen Expert*innen hat Augeo zwei spezielle Online-Kurse erstellt:

1. Primarstufe: „Traumasensible Unterstützung für geflüchtete Kinder“
2. Sekundarstufe: „Traumasensible Unterstützung für geflüchtete Jugendliche“

Augeo möchte anderen europäischen Ländern ermöglichen, diese Kurse kostenlos für Bildungszwecke zu verwenden. Auf dieser Basis ist ein Kooperationsprojekt zwischen dem Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e.V. (BumF) und der BAfF entstanden. Finanziert und unterstützt durch die Freudenbergstiftung, Terre des hommes und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) wurden die vorhandenen Kurse durch BAfF und BumF an den deutschen Kontext angepasst.

Die Kurse bestehen aus Video- und Textinformationen sowie Multiple-Choice Fragen zur Kontrolle des Lerneffektes. Die interaktive Kursdidaktik ist entlang von persönlichen Fluchtgeschichten real existierender Personen aufgebaut. In den Kursen wird sowohl theoretisches Wissen zu Trauma und Flucht vermittelt als auch praktisches Handlungswissen anhand von Alltagssituationen eingeübt. Zur Nachkontrolle des Lerneffektes erhalten die Teilnehmenden in regelmäßigen Abständen E-Mails mit Wiederholungsfragen und werden motiviert, weitere Schulungsangebote wahrzunehmen. Die Website ist in responsivem Design gehalten, so dass auch Tablet- und Smartphone-Nutzungen möglich sind. Es ist geplant, die Kurse nach einer Pilot-Testphase in der ersten Jahreshälfte von 2019 zu bewerben und Interessierten kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Traumatisierungsketten durchbrechen – Handlungsunsicherheiten überwinden – Schutzsysteme stärken

Für viele Asylsuchende ist eine professionelle Betreuung bzw. Behandlung notwendig, da sie vor, während oder nach ihrer Flucht nach Deutschland Traumatisches erlebt haben. Nur so können Traumatisierungsketten durchbrochen werden. Das Projekt „Traumatisierungsketten durchbrechen – Handlungsunsicherheiten überwinden – Schutzsysteme stärken“, das im Juli 2018 gestartet ist und aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) kofinanziert wird, soll unter anderem Schutzsysteme für traumatisierte Asylsuchende stärken. Dafür ist es notwendig, dass der Zugang zu psychosozialen Betreuungseinrichtungen erleichtert wird und weitere Handlungsunsicherheiten seitens der Behandelnden überwunden werden. Zudem sollen bestehende Behandlungsstrukturen ausgebaut und weiter professionalisiert werden.

Das Projekt wird auf drei Ebenen gestaltet:

Im *Aufnahmesystem*, d.h. auf der Ebene des Ankommens und der Orientierung in Deutschland sowie während des Asylverfahrens soll die Früherkennung von psychisch erkrankten und/oder traumatisierten Personen verbessert werden.

Im *Schutzsystem* „*Psychosoziales Zentrum für Flüchtlinge und Folteropfer*“ werden eine Reihe von qualitätsverbessernden Maßnahmen in den Bereichen (Psycho)Soziale Arbeit als auch der Psychotherapie durchgeführt.

Im *Gesundheitssystem* werden die strukturellen Bedingungen der psychosozialen Betreuung und Behandlung Asylsuchender analysiert.

Die Projektlaufzeit ist von Juli 2018 bis Juni 2020. Das Projekt wird gemeinsam mit 11 PSZ gestaltet.

Weitere Informationen zum Projekt unter <http://www.baff-zentren.org/aktivitaeten-und-projekte/traumatisierungsketten-durchbrechen-handlungsunsicherheiten-ueberwinden-schutzsysteme-staerken/>

Verbesserung der psychosozialen und psychotherapeutischen Versorgung von Geflüchteten – Zugangswege erleichtern, Kapazitäten ausbauen, Netzwerke schaffen

Um weiterhin sowohl die fachliche Qualität der Arbeit der Psychosozialen Zentren zu sichern und auszubauen, als auch die Öffnung und Verbesserung der Angebote der Regelversorgung voranzutreiben, die (Fach-)Öffentlichkeit zu sensibilisieren und nicht zuletzt die Lebensbedingungen von Geflüchteten auf Basis der Menschenrechte zu verbessern, hat die BAfF in diesem vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geförderten Projekt Aktivitäten auf verschiedenen Ebenen umgesetzt.

Durch die Beratung, Informierung und Qualifizierung von Psychotherapeut*innen und Fachärzt*innen der Regelversorgung, aber auch Sozialarbeiter*innen und weiteren Berufsgruppen sowie neuen Initiativen und Einrichtungen, wurde versucht, die Zugänglichkeit zu entsprechenden Versorgungsangeboten für die Zielgruppe der vulnerablen Geflüchteten zu verbessern, Behandlungskapazitäten auszubauen und die Qualität der Versorgung sicherzustellen. Durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung und Kooperation wurde die Sensibilisierung von (Fach-)Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft für die besonderen Bedarfe dieser besonders schutzbedürftigen Personengruppe gestärkt, die Bereitschaft sich an der gesundheitlichen Versorgung von Geflüchteten zu beteiligen gestärkt und die Verbesserung der Rahmenbedingungen auf struktureller Ebene vorangetrieben.

„Erklären, beraten, durchsetzen – Das Recht auf Gesundheit für Flüchtlinge und Folteropfer“

In diesem von Amnesty International geförderten Projekt wurde das bestehende Recht und die Neuerungen durch die Erstellung von Arbeitshilfen für die PSZ erklärt und diese inhaltlich bei der Durchsetzung von Therapieansprüchen für Geflüchtete unterstützt. Zudem wurde sich mit Rechtsanwält*innen fachlich zu den Änderungen aus dem Asylpaket II ausgetauscht und diesen bei Klagen zur Beachtung von psychologischen Stellungnahmen zugearbeitet. Außerdem wurde weiterhin die Praxistauglichkeit der Ermächtigung evaluiert.

Zu all diesen Themengebieten wurden darüber hinaus Fallbeispiele aus der Praxis in die Öffentlichkeit getragen. So konnte zugleich für die Lebenssituation von Flüchtlingen und Folteropfern in Deutschland sensibilisiert und ein geschärftes Bewusstsein für die Notwendigkeit bedarfsgerechter Behandlungs- und Betreuungsangebote beigetragen werden.

7. Publikationen

Arbeitshilfe „Abschiebung und (unbegleitete) junge Geflüchtete“

Der politische und gesellschaftliche Ton ist rau geworden – nicht nur, aber vor allem, wenn es um Geflüchtete geht. Ausdruck findet dies u.a. auch in der härteren Vollzugspraxis bei Abschiebungen – dies macht auch vor (unbegleiteten) minderjährigen Geflüchteten keinen Halt.

Abschiebungen von unbegleiteten Minderjährigen sind nicht per se rechtswidrig. Aber die Anforderungen an die Vollziehung durch die Behörden sind hoch und in vielen Fällen kaum zu erfüllen. Elementar ist es bei der Betreuung und Unterstützung von unbegleiteten Minderjährigen, diese Anforderungen und Rechte zu kennen, die den Betroffenen bei einer (drohenden) Abschiebung zustehen.

Gemeinsam mit Rechtsanwalt Dr. Jonathan Leuschner aus Frankfurt am Main und Nerea González Méndez de Vigo vom Bundesfachverband für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF) hat die BAfF die Arbeitshilfe „Abschiebung und (unbegleitete) junge Geflüchtete – Rechtlicher Rahmen und Handlungsoptionen der Kinder- und Jugendhilfe“ erstellt. Diese ist in gedruckter Version oder als pdf verfügbar. Mehr Informationen unter <http://www.baff-zentren.org/news/arbeitshilfe-abschiebung-und-unbegleitete-junge-gefluechtete/>

Versorgungsbericht. Zur psychosozialen Versorgung von Flüchtlingen und Folteropfern in Deutschland

Auf 120 Seiten fasst der Versorgungsbericht in seiner 4. aktualisierten Fassung die Analysen zusammen, die die BAfF jedes Jahr zur Versorgungssituation von Flüchtlingen und Folteropfern durchführt. Er beschreibt die psychosoziale und psychotherapeutische Versorgung von Geflüchteten in Deutschland entlang der Kriterien der Zugänglichkeit, der Verfügbarkeit und der Erreichbarkeit bedarfsgerechter Behandlungs- und Beratungsangebote.

Im aktuellen Versorgungsbericht wird zudem Geflüchteten selbst das Wort gegeben. Sie erzählen, was sie vor, während und nach der Flucht erlebt haben und geben einen Einblick in ihre aktuelle Lebenssituation in Deutschland.

Der Bericht ist online als pdf verfügbar (http://www.baff-zentren.org/wp-content/uploads/2018/08/Versorgungsbericht_4.Auflage.pdf).

Geflüchtete und Überlebende von Folter in Europa. Warum ein ganzheitlicher Ansatz in der Gesundheitspolitik wichtig ist

Das Europäische Netzwerk der Rehabilitationszentren für Folterüberlebende (EURONET) trifft sich seit seiner Gründung mittlerweile schon seit 17 Jahren an unterschiedlichen Orten Europas. Das Netzwerk besteht aus mehr als 120 Psychosozialen Zentren in ganz Europa, die sich über ihre fachliche, multidisziplinäre und praktische Expertise im Bereich der Rehabilitationsleistungen für Folterüberlebende in Europa austauschen. Das EURONET versteht sich als selbsttragende Plattform für Gesundheitsfachleute, Psychotherapeut*innen, Sozialarbeiter*innen und Jurist*innen, die an der Schnittstelle zu Migration, Trauma und Menschenrechten arbeiten.

Die Veröffentlichung „Geflüchtete und Überlebende von Folter in Europa“ basiert auf den wichtigsten Ergebnissen der 13. Konferenz des EURONET, die im November 2017 in Bukarest ausgerichtet worden ist. In verschiedenen themenbezogenen Workshops und moderierten Panel- und Podiumsdiskussionen wurde der Frage nachgegangen, warum ein ganzheitlicher Ansatz in der öffentlichen Gesundheitspolitik zur Verbesserung der Versorgung von Asylsuchenden, Geflüchteten und Folterüberlebenden notwendig ist. Die vorliegende Veröffentlichung gibt einen ausgewählten und kürzeren Einblick in die Ergebnisse der Konferenz auf Deutsch. Eine ausführliche Version ist in englischer Sprache verfügbar. Die Publikationen können bestellt oder als pdf heruntergeladen werden.

BAfF / EURONET: Geflüchtete und Überlebende von Folter in Europa. Warum ein ganzheitlicher Ansatz in der Gesundheitspolitik wichtig ist²⁰

BAfF / EURONET: Refugee survivors of torture in Europe. Towards positive public policy and health outcomes²¹

Sprachmittlung in Psychotherapie und Beratung mit geflüchteten Menschen

Wie gelingt Therapie und Beratung zu dritt? In der Beratung und Behandlung von geflüchteten, oft traumabetroffenen Menschen bedarf es einer spezifischen Expertise, um hilfreich zu begleiten und wirksame Behandlungsprozesse initiieren zu können. Dazu gehören ganz grundlegend die gemeinsame Verständigung und damit der Einsatz von Übersetzer*innen und/oder Sprachmittler*innen. Wie kann die Arbeit in der Triade funktionieren? Wie geht man ganz konkret in einer Therapiesitzung oder Beratungssituation vor? Auf welche Herausforderungen trifft man möglicherweise?

Gemeinsam mit Kolleg*innen aus verschiedenen Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer in ganz Deutschland ist ein umfassender Leitfaden für die Praxis entstanden, der sich

²⁰ Online unter: <http://www.baff-zentren.org/produkt/gefluechtete-und-ueberlebende-von-folter-in-europa/>

²¹ Online unter: http://www.baff-zentren.org/wp-content/uploads/2018/08/Euronet_Publikation_English_online.pdf

den grundlegenden Facetten der Sprachmittlung in Beratung und Therapie mit Geflüchteten widmet. Ergänzt wird der Leitfaden, der von Silvia Schriefers (BAfF e.V.) und Elvira Hadzic herausgegeben worden ist, um wertvolles Hintergrundwissen und konkrete Hinweise für die alltägliche psychosoziale Praxis. Zusätzlich zum Buch sind Arbeitshilfen erschienen, die hilfreiche Informationen rund um die Beantragung von Dolmetscherkosten und nützliche Tipps enthalten.

Das Buch ist beim Verlag Vandenhoeck & Ruprecht erschienen. Weitere Informationen unter <http://www.baff-zentren.org/news/sprachmittlung-in-psychotherapie-und-beratung/>

Tagungsdokumentation

Für die Tagung „Von Aleppo nach Eisenhüttenstadt – und dann? Wege in Sicherheit und Versorgung“ ist im Jahr 2018 eine ausführliche Dokumentation veröffentlicht worden. Diese zeichnet die Vorträge und Ergebnisse aus den zahlreichen Workshops nach und bietet so für die Teilnehmenden und auch Menschen, die selbst nicht an der Tagung teilnehmen konnten, einen guten Einblick in die Thematik. Zusätzlich sind dort die Bilder des Graphic Recording zu sehen, die Parastu Karimi auf der Tagung angefertigt hat (www.patupatu.com, patuparia@instagram, patupatu@gmx.de).

Die Tagungsdokumentation ist in gedruckter Version erschienen und kann als pdf heruntergeladen werden.²²

²² Online unter: http://www.baff-zentren.org/wp-content/uploads/2018/02/Tagungsdokumentation_2018.pdf

8. Mitgliedszentren der BAff

Baden-Württemberg

BFU Ulm - Behandlungszentrum für Folteropfer Ulm

Innere Wallstr. 6

89077 Ulm

Tel.: +49 (0) 731 - 228 36

E-Mail: bfu@rehaverein.de

Website: www.bfu-ulm.de

PBV Stuttgart - Psychologische Beratungsstelle für politisch Verfolgte und Vertriebene

Schloßstraße 76

70176 Stuttgart

Tel.: +49 (0) 7 11 - 28 54 450

E-Mail: pbv@eva-stuttgart.de

Website: <http://www.eva-stuttgart.de/fluechtlinge-mit-traumaerfahrung.html>

Refugium Freiburg, Psychosoziale und medizinische Beratung und Koordinierung für Geflüchtete

Adelhauser Straße 8

79098 Freiburg

Tel.: +49 (07 61) 48 99 43 09

E-Mail: refugium@caritas-freiburg.de

Website: <https://www.refugium-freiburg.de/>

Refugio Stuttgart e.V. - Psychosoziales Zentrum für traumatisierte Flüchtlinge

Weißenburgstr.13

70180 Stuttgart

Tel.: +49 (0) 711 - 6453 127

E-Mail: info@refugio-stuttgart.de

Website: www.refugio-stuttgart.de

Refugio Villingen-Schwenningen - Kontaktstelle für traumatisierte Flüchtlinge e.V.

Schwedendammstraße 6

78050 Villingen-Schwenningen

Tel.: +49 (0) 7721 - 5041 55

E-Mail: info@refugio-vs.de

Website: www.refugio-vs.de

Traumanetzwerk Lörrach

Caritasverband Landkreis Lörrach

Haagener Strasse 15 A

79539 Lörrach

Tel.: +49 (0) 7623 - 9656709

E-Mail: Paulo.silva@caritas-loerrach.de; Petra.speyerer-stadler@caritas-loerrach.de

Website: www.traumanetz-loe.de

Bayern

PSZ Nürnberg - Psychosoziales Zentrum für Flüchtlinge

St.-Johannis-Mühlgasse 5

90419 Nürnberg

Tel.: +49 (0) 911 - 393 63-40-60

E-Mail: buellesbach.charlotte@rummelsberger.net

Website: <http://migration.rummelsberger-diakonie.de/beratung/psychosoziales-zentrum/>

REFUGIO München - Beratungs- und Behandlungszentrum für Flüchtlinge und Folteropfer e.V.

Rosenheimer Straße 38

81669 München

Tel.: +49 (0) 89 - 982 95 70

E-Mail: office@refugio-muenchen.de

Website: www.refugio-muenchen.de

Berlin

Zentrum Überleben gGmbH

GSZ Moabit Haus K Eingang C, 3. OG

Turmstraße 21

10559 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 - 303 90 60

E-Mail: info@ueberleben.org

Website: www.ueberleben.org

XENION Berlin - Psychosoziale Hilfen für politisch Verfolgte

Paulsenstraße 55/56

12163 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 - 323 29 33

E-Mail: info@xenion.org

Website: www.xenion.org

Brandenburg

Behandlungsstelle für traumatisierte Flüchtlinge, Fürstenwalde

c/o KommMit e.V.

Turmstraße 21, Haus K, Eingang D, 2. OG links

10559 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 - 983 537 31

E-Mail: m.misselwitz@kommit.eu

Website: <http://www.bbzberlin.de/projekte/kommit-brandenburg.html>

Gesellschaft für Inklusion und Soziale Arbeit - ISA e.V.
FaZIT - Fachberatungsdienst Zuwanderung, Integration und Toleranz

Am Bürohochhaus 2-4
14478 Potsdam
Tel.: +49 (0) 331 - 9676250
E-Mail: info@fazit-brb.de
Website: <https://fazit-brb.de/>

Bremen

REFUGIO Bremen - Psychosoziales Zentrum für ausländische Flüchtlinge e.V.

Außer der Schleifmühle 53
28203 Bremen
Tel.: +49 (0) 421 - 376 07 49
E-Mail: info@refugio-bremen.de
Website: www.refugio-bremen.de

Hamburg

haveno

Gesundheitszentrum St. Pauli, Haus 5
Seewarterstraße 10
20459 Hamburg
Tel./Fax: +49 (0) 40 - 31 79 35 35
E-Mail: info@haveno.de
Website: www.haveno.de

PSB Flucht - Psychosoziale Beratung für Flüchtlinge

Königstraße 54
22767 Hamburg
Tel.: +49 (0) 40 30620-361
E-Mail: stracke@diakonie-hamburg.de
Website: <https://www.diakonie-hamburg.de/de/visitenkarte/PSB-Flucht-Psychosoziale-Beratung-fuer-Fluechtlinge-KT0000440>

Psychosoziales Beratungs- und Koordinierungszentrum SEGEMI

in Trägerschaft des gemeinnützigen Vereins SEGEMI Seelische Gesundheit Migration und Flucht e.V.
Adenauerallee 10, 2.OG
20097 Hamburg
Tel.: +49 (0) 40 - 53 79 78 371
E-Mail: info@segemi.org
Website: <http://www.segemi.org/>

Hessen

Ev. Zentrum für Beratung und Therapie am Weißen Stein

Olof-Palme-Straße 17

60439 Frankfurt/Main

Tel: +49 (0) 69 - 53 02-222

E-Mail: beratungszentrum@frankfurt-evangelisch.de

Website: <https://evangelischesfrankfurt.de/kirche/was-wir-bieten/hilfe/evangelisches-zentrum-f%C3%BCr-beratung-und-therapie-am-wei%C3%9Fen-stein/>

FATRA Frankfurt/M. - Frankfurter Arbeitskreis Trauma und Exil e.V.

Lindleystraße 15

60314 Frankfurt/M.

Tel.: +49 (0) 69 - 49 91 74

E-Mail: info@fatra-ev.de

Website: www.fatra-ev.de

Trägerverein Psychosoziales Zentrum für Geflüchtete in Nordhessen (PZG) e.V.

Treppenstraße 4

34117 Kassel

Tel: 0561-81644321

E-Mail: info@pzg-nordhessen.de

Mecklenburg-Vorpommern

Psychosoziales Zentrum für Asylsuchende und MigrantInnen in Vorpommern

im Kreisdiakonischen Werk Greifswald e.V.

Kapaunenstraße 10

17489 Greifswald

Tel.: +49 (0) 3834 - 23 11 269

E-Mail: psz@kdw-greifswald.de

Website: www.psz-greifswald.de

Niedersachsen

IBIS - Interkulturelle Arbeitsstelle e.V.

Klävemannstraße 16

26122 Oldenburg

Tel.: +49 (0) 441 - 88 40 16 (Zentrale)

+49 (0) 441 - 984 96 05 (Verwaltung und Geschäftsführung)

+49 (0) 441 - 39 03 89 43 (Deutsch, Arabisch, Kurdisch, Farsi, Dari)

+49 (0) 441 - 39 06 33 23 (Deutsch, Englisch, Französisch)

E-Mail: info@ibis-ev.de

Website: www.ibis-ev.de

Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge in Niedersachsen e.V.

Marienstraße 28
30171 Hannover
Tel.: +49 (0) 511 – 856 44 514
E-Mail: info@ntfn.de
Website: <http://www.ntfn.de/>

Nordrhein-Westfalen

MFH Bochum - Medizinische Flüchtlingshilfe e.V.

Glockengarten 1
44803 Bochum
Tel.: +49 (0) 234 - 904 13 80
E-Mail: info@mfh-bochum.de
Website: www.mfh-bochum.de

**PSZ Aachen- Psychosoziales Zentrum für Flüchtlinge in der Städteregion Aachen
(PÄZ Aachen e.V.)**

Adalbertsteinweg 1
52070 Aachen
Postanschrift:
Mariahilfstraße 16
52062 Aachen
Tel.: +49 (0) 241 - 5157 4752
E-Mail: paez@paez-aachen.de, psz.ac@paez-aachen.de
Website: <http://www.paez-aachen.de/psz.html>

PSZ Bielefeld - Psychosoziales Zentrum für Flüchtlinge

(Ev. Krankenhaus Bielefeld gGmbH und AK Asyl e.V.)
Friedenstr. 4-8
33602 Bielefeld
Tel. 05 21 - 7 87 - 1 52 46
E-Mail: dallwitz@ak-asyl.info
Website: <http://www.psz-bielefeld.de/>

Psychosoziales Zentrum für Flüchtlinge Dortmund

Lange Straße 44
44137 Dortmund
Tel.: +49 (0) 231 - 880881 14
E-Mail: psz@awo-dortmund.de

Psychosoziales Zentrum für Flüchtlinge Düsseldorf

Benrather Straße 7
40213 Düsseldorf
Tel.: +49 (0) 211 - 544 173 22
E-Mail: info@psz-duesseldorf.de
Website: www.psz-duesseldorf.de

PSZ für Flüchtlinge Diakonie Mark-Ruhr

Bergstraße 121

58095 Hagen

Tel.: +49 (0) 2331 - 30646 – 2047

E-Mail: psz-hagen@diakonie-mark-ruhr.de

Website: <https://www.diakonie-mark-ruhr.de/unterstuetzung-und-beratung/migration-und-flucht/zuwanderungsberatung-hagen-en-kreis/>

Refugio Münster - Psychosoziale Flüchtlingshilfe

Hafenstr. 3-5

48153 Münster

Tel.: +49 (0) 251 - 144 86 31

E-Mail: info@refugio-muenster.de

Website: www.refugio-muenster.de

Therapiezentrum für Folteropfer des Caritasverbandes für die Stadt Köln e.V.

Spiesergasse 12

50670 Köln

Tel.: +49 (0) 221 - 160 74-0

E-Mail: therapiefolteropfer@caritas-koeln.de

Website: http://caritas.erzbistum-koeln.de/koeln-cv/fluechtlinge_einwandernde/fluechtlinge/fluechtlingsberatung/therapiezentrum_fuer_folteropfer_fluechtlingsberatung

Rheinland-Pfalz

IN TERRA - Psychosoziales Zentrum für Flüchtlinge, Mayen

Caritasverband für die Region Rhein-Mosel-Ahr e.V.

St. Veit-Straße 14

56727 Mayen

Tel.: +49 (0)2651 - 98 690

E-Mail: goepfert-m@caritas-mayen.de

Web: <http://migration.caritas-rhein-mosel-ahr.de/psz.htm>

Landkreise: Mayen-Koblenz, Stadt Koblenz, Rhein-Lahnkreis, Cochem-Zell, Bad-Neuenahr-Ahrweiler

Ökumenische Beratungsstelle für Flüchtlinge, Trier

Dasbachstraße 21

54292 Trier

Tel.: +49 (0) 651 - 9910600

E-Mail: fluechtlingsberatung@diakoniehilft.de

Website: <http://jmd-trier.de/ökumenische-beratungsstelle-für-flüchtlinge/>

Landkreise: Trier, Trier-Saarburg, Bitburg-Prüm, Bernkastel-Wittlich, Rhein-Hunsrück-Kreis (VG Kirchberg, VG Kastellaun, VG Simmern)

Psychosoziales Zentrum Pfalz

Diakonie Pfalz

Wredestr. 19

67059 Ludwigshafen

Tel.: +49 (0) 621 - 49077710

E-Mail: psz-pfalz@diakonie-pfalz.de

Website: <https://www.diakonie-pfalz.de/aktuelles/nachrichten/detail/psychosoziales-zentrum-fuer-fluechtlinge-in-ludwigshafen.html>

Psychosoziales Zentrum für Flucht und Trauma

Caritasverband Mainz

Rheinallee 3a

55116 Mainz

Tel.: +49 (0) 6131 - 907460

E-Mail: beratungszentrum@caritas-mz.de

Website: <http://www.caritas-mainz.de/caritas-vor-ort/mainz/cbjz-st.-nikolaus/psychosoziale-zentrum-fuer-flucht-und-trauma>

Saarland

PSZ Saarbrücken - Psychosoziales Beratungszentrum des Deutschen Roten Kreuzes

Vollweidstraße 2

66115 Saarbrücken

Tel.: +49 (0) 681 - 976 42 54

E-Mail: psz@lv-saarland.drk.de

Website: <https://www.lv-saarland.drk.de/angebote/migration-und-integration/hilfen-fuer-traumatisierte-fluechtlinge/psychosoziales-zentrum-psz.html>

Sachsen

Psychosoziales Zentrum für Geflüchtete Leipzig

Mosaik Leipzig - Kompetenzzentrum für transkulturelle Dialoge e.V.

Peterssteinweg 3

04107 Leipzig

Tel: 0341/92787712

Email: psz@mosaik-leipzig.de

Website: www.mosaik-leipzig.de

Psychosoziales Zentrum Dresden

Projekt CALM Sachsen (das Boot gGmbH)

Friedrichstraße 24 Haus A

01067 Dresden

Tel.: +49 (0) 351 – 264 400 99

E-Mail: psz.dresden@das-boot-ggmbh.de

Website: <http://www.calm-sachsen.de/de/psz-dresden>

Psychosoziales Zentrum -Beratungsstelle Chemnitz

SFZ Förderzentrum gGmbH

Düsseldorfer Platz 1

09111 Chemnitz

Tel.: +49 (0) 371 - 40467202

E-Mail: psz@sfz-chemnitz.de

Sachsen-Anhalt

Psychosoziales Zentrum für Migrantinnen und Migranten Sachsen-Anhalt

Website: www.psz-sachsen-anhalt.de

Standort Halle (Saale):

Charlottenstraße 7

06108 Halle (Saale)

Tel: +49 (0) 345 - 2125768

E-Mail: kontakt@psz-sachsen-anhalt.de

Standort Magdeburg:

Agnetenstraße 14

39106 Magdeburg

Tel: +49 (0) 391 - 79 29 33 80

E-Mail: kontakt@psz-sachsen-anhalt.de

Schleswig-Holstein

Psychosoziale Anlaufstelle für Geflüchtete

Am Alten Kirchhof 12

24534 Neumünster

Tel.: +49 (0) 4321 - 24488

E-Mail: bzm@diakonie-altholstein.de

Website: <https://www.diakonie-altholstein.de/de/Beratungszentrum-Mittelholstein>

Brücke Schleswig-Holstein, Kiel

Zum Brook 4

24143 Kiel

Tel.: +49 (0) 4 31-70 55 94-91

E-Mail: psz@bruecke-sh.de

Website: <http://www.bruecke-sh.de/index.php?idm=10.3065>

Thüringen

REFUGIO Thüringen - Psychosoziales Zentrum für Flüchtlinge e.V.

Standort Jena:

Lassallestraße 8

07743 Jena

Tel.: +49 (0) 3641 - 22 62 81

E-Mail: koordination@refugio-thueringen.de

Website: www.refugio-thueringen.de

Standort Erfurt:

Schillerstraße 44

99096 Erfurt

Tel.: (0361) 60 26 80 79

E-Mail: pszf-erfurt@refugio-thueringen.de

Website: www.refugio-thueringen.de